



Niederschrift

18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 08.02.2022
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:44 Uhr
Ort, Raum: Videokonferenz

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die
Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Herr Karsten Dornhöfer SPD
Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Frau Anna Lüdcke CDU
Frau Antonia Heigl DIE aNDERE

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel BürgerBündnis
Herr Robert Hirsch CDU
Herr Frank Hübner DIE aNDERE
Herr Peter Mundt DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg Geschäftsbereich 5

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel Seniorenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Chaled-Uwe Said AfD nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	nicht entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
---------------------	-----------------	--------------------

Gäste:

Frau Bojunga, Fachbereichsleiterin Kommunikation und Partizipation, Stadtverwaltung Potsdam

Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, Stadtverwaltung Potsdam

Herr Niehoff, Bereichsleiter Verkehrsentwicklung, Stadtverwaltung Potsdam

Frau Buhr, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Herr Kärsten, Bürgerbeteiligung

Schriftführerin:

Frau Virginia-Marie Hetke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.01.2022
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Abschlussbericht Aktionsplan kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020
Vorlage: 21/SVV/1356
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
 - 3.2 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 22/SVV/0026
Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur
- 4 Partizipation
 - 4.1 Bericht des Beteiligungsrates
 - 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung
 - 4.4 Petition Nuthewäldchen - Antwortschreiben
- 5 Transparenz

- 6 Digitalisierung
- 6.1 Digitalisierungsprogramm des Landes
- 6.2 Digitalisierungsrat
- 6.3 Bericht zur IT-Sicherheit
- 7 Sonstiges
- 7.1 Prozess Moderation

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Rüniger eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.01.2022

Zu Beginn der Sitzung sind 8 Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist hergestellt; die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Zur Tagesordnung werden folgende Änderungsvorschläge vorgebracht:

Herr Jetschmanegg schlägt vor, den TOP 6.1 – Digitalisierungsprogramm des Landes – auf die Sitzung am 15.03.2022 zu verschieben, da die zuständige Kollegin zur heutigen Sitzung verhindert ist.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Es werden folgende Erweiterungen der Tagesordnung vorgeschlagen:

Unter dem TOP 6 – Digitalisierung – sollen ein TOP 6.2 – Digitalisierungsrat – Fragen und Rückkopplung zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung – sowie als neuer TOP 6.3 – ein Bericht zur IT Sicherheit- aufgenommen werden.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Darüber hinaus schlägt die Frau Dr. Rüniger die Erweiterung der Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Teil vor:

Der TOP 7.1 – Prozess Moderation soll in der Diskussion nicht öffentlich geführt werden; der TOP 4.3 – Information zur Weiterentwicklung des „Potsdam Modells“ zur Bürgerbeteiligung – soll ebenfalls im nicht öffentlichen Teil behandelt werden.

Abstimmung:
mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Der so geänderten Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Die Niederschrift der Sitzung vom 11.01.2022 wird einstimmig bestätigt.

Die Anwesenheit, die Bestätigung der Tagesordnung mit den vorgenannten Änderungen sowie die Bestätigung der Niederschrift werden in namentlicher Abstimmung festgestellt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Abschlussbericht Aktionsplan kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020

Vorlage: 21/SVV/1356

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Buhr stellt anhand einer Präsentation den Stand einzelner Projekte im Rahmen des Prozesses Kinder- und Jugendfreundliche Kommune vor.

Sie verweist u.a. darauf, dass Kinder und Jugendliche in Prozessen der Verwaltung immer häufiger beteiligt werden; dies ist nunmehr auch in der Hauptsatzung festgeschrieben.

Es wurde ein Kinder- und Jugendbudget eingerichtet; der Ausbau der regelmäßigen Vernetzung zwischen den Fachbereichen innerhalb der Verwaltung wird vorangetrieben.

In der sich anschließenden Diskussion wird u.a. darauf eingegangen, dass die Aufnahme der Thematik in einzelnen Fachbereichen aus z.B. personellen Gründen steigerungsfähig ist. Festgestellt worden sei, dass die Wertschätzung der Thematik vorhanden ist; die Verwaltung ist entsprechend sensibilisiert.

Derzeit nicht umsetzbare Maßnahmen würden genau beleuchtet und unter Beachtung der rechtlichen Zuständigkeiten betrachtet. Dabei werde immer auch die Perspektive der Umsetzbarkeit betrachtet.

Bei der Entscheidung zur temporären Schließung von Spielflächen im Zuge von Corona-Maßnahmen sei die WerkStatt für Beteiligung nicht einbezogen worden; dies sei heute so nicht mehr möglich.

Eine Übersicht zu freizugänglichen Kleinspiel- und Sportflächen liegt aus dem Jahr 2017 vor. Es wird geprüft, ob diese unter Potsdam.de veröffentlicht werden kann.

Im Anschluss wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 3.2 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP

Vorlage: 22/SVV/0026

Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und Infrastruktur

Herr Niehoff bringt die Mitteilungsvorlage ein.

In der sich anschließenden Diskussion wird u.a. die Zusammenarbeit mit anderen Projekten wie z.B. „Schlaatz 2030“ angesprochen. Hier ist eine Beteiligung des

Geschäftsbereiches gegeben; derzeit werde die Koordinierung des Prozesses geprüft.

Geplant sei, mit der Fortschreibung des STEK Verkehr auch das Beteiligungskonzept fortzuschreiben; dies sei ein fester Baustein des STEK.

Die Beteiligungsstrategien sind im Beschluss festgeschrieben. Zu klären ist auch die Frage, wo es Defizite gibt und welche Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind.

Die für Ende 2022 vorgesehene Einbringung sei problematisch, da das vorhandene Verkehrsgeschehen seit ca. 2 Jahren nicht repräsentativ ist. Eine Terminverschiebung auf 2023 sei wahrscheinlich.

Im Anschluss wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 4 Partizipation

zu 4.1 Bericht des Beteiligungsrates

Frau Dr. Jordan konnte auf Grund technischer Probleme nur am Anfang, 18:00 bis 18:30 Uhr, an der heutigen Sitzung teilnehmen.

Frau Dr. Rüniger und Herr Marquardt waren bei der letzten Sitzung des Beteiligungsrates anwesend. Der Beteiligungsrat habe sich konstituiert; die Hälfte der Mitglieder sei neu hinzugekommen.

zu 4.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung

Herr Kärsten informiert, dass es im Herbst 2021 eine ausführliche Information zur Stadtteilkoordination Waldstadt gegeben habe.

Das Modellprojekt Netzwerk Waldstadt – Landeshauptstadt sei auf den Weg gebracht. Die Trägergemeinschaft mit Trägern vor Ort ist jetzt auch personell untersetzt; das Zuwendungsverfahren ist abgeschlossen. Der Gründungsprozess sei nunmehr in den Umsetzungsprozess gemündet.

Es wird davon ausgegangen, dass Beratungsbedarfe entstehen werden; die WerkStadt wird den Prozess zu Beginn noch parallel begleiten.

zu 4.4 Petition Nuthewäldchen - Antwortschreiben

Herr Jetschmanegg informiert, dass es bisher lediglich eine Zwischennachricht an den Beschwerdeführer gegeben habe, da dem Beschwerdeführer bei der Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ein Rederecht eingeräumt wurde.

Frau Dr. Rüniger schlägt vor, den vorbereiteten Brief zur Kenntnis zu nehmen und an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Heuer zur Unterschrift und offiziellen Versendung weiter zu leiten.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; es wird so verfahren.

zu 5 Transparenz

Keine Berichterstattung.

zu 6 Digitalisierung

zu 6.1 Digitalisierungsprogramm des Landes

Zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

zu 6.2 Digitalisierungsrat

Frau Dr. Rüniger betont, dass der Ausschuss in den Prozess – Digitalisierungsrat – nicht eingebunden war.

Die Verwaltung habe sich im Nachgang für das Verfahren entschuldigt.

Die Ausschussvorsitzende betont, dass Herr Marquardt und sie selbst die Hinweise, Anregungen und Fragen aus dem PTD-Ausschuss mitnehmen und über die Ergebnisse berichten werden.

In der sich anschließenden Diskussion werden die Einflussmöglichkeit, die mit Frau Dr. Rüniger und Herrn Marquardt gegeben sind, begrüßt.

Folgende Fragen wurden kontrovers diskutiert:

- Warum wurde der Ausschuss nicht beteiligt?
- Tagt der Digitalisierungsrat öffentlich?
- Wer hat festgelegt, dass lediglich die Ausschussvorsitzende und ihr Stellvertreter in den Digitalisierungsrat entsendet werden?

Im Rahmen der Diskussion wird angeregt, dass pro Fraktion 1 Mitglied in den Digitalisierungsrat entsandt wird.

Mit Verweis auf die in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Beschlussvorlage wird die Diskussion beendet.

zu 6.3 Bericht zur IT-Sicherheit

Herr Morgenstern-Jehia berichtet über die Sicherheitslücke –Zero-Day Log4Shell

Die Schwachstelle war in allen Versionen seit der 2.0-beta9 vom 14.09.2013 enthalten und seit dem 10.12.21 bekannt. Sie ist einfach zu nutzen und ermöglicht das Nachladen und Ausführen von beliebigen Quellcodes.

Die Sicherheitslücke wurde mit der Version 2.16.0 vom 13.12.2021 behoben.

Folgende Maßnahmen wurden ergriffen:

Am 13.12.2021 wurde eine Taskforce eingesetzt. In enger Abstimmung mit dem IT-Sicherheitsbeauftragten wurde der Vorfall analysiert, bewertet und priorisiert und mit anderen Bereichen wie z.B. dem KIS, der Feuerwehr und der Verkehrssteuerung kommuniziert.

Herr Morgenstern-Jehia betont, dass zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Landeshauptstadt bestanden habe. Dies sei das Ergebnis der nach dem Citrix - Sicherheitsvorfall 2020 ergriffenen Maßnahmen. Es wurden dabei 450 Server, 108 Fachsysteme, 1016 Bundles für Client-Installationen überprüft. Noch ausstehende Aktualisierungen der Hersteller werden nach Erscheinen eingespielt. Übergangsweise wurden Workarounds implementiert. In jedem Fall

verhindert die Firewall das Nachladen von Schadsoftware aus dieser Sicherheitslücke. Der vsl. Personaleinsatz zur Behandlung dieser Sicherheitslücke bis zum Abschluss der laufenden Maßnahmen beläuft sich auf 1,5 – 2 Personalmonate.

Er informiert, dass der künftige Informations – Sicherheitsbeauftragte (CISO) gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten beim Oberbürgermeister angesiedelt sein wird.

Darüber hinaus informiert Herr Morgenstern-Jehia über ein EU – Forschungsprojekt. Das beinhaltet u.a. die Schaffung von Voraussetzungen für eine Plattform, die Sicherheitslücken erkennt und Möglichkeiten schafft, durch möglichst automatisierte Prozesse gegen diese Probleme anzugehen. An dem Projekt sind zahlreiche europäische Firmen beteiligt. Alternativ werden derzeit Gespräche zu einem ähnlichen Projekt auf nationaler Ebene geführt.

Auf Nachfrage zum Stand der Dokumentation der aktuellen Systeme führt Herr Morgenstern-Jehia aus, dass diese deutlich besser geworden ist; aufgrund von coronabedingten anderen Schwerpunkten im Arbeitsfeld konnte die Dokumentation bisher jedoch noch nicht fertig gestellt werden. Der verbesserte Stand hat auch bei der Behandlung von log4Shell wesentlich geholfen.

zu 7 Sonstiges

Zur Bürgerbeteiligung in Bezug auf die Biosphäre wird ausgeführt, dass diese suboptimal gewesen sei. Eine Stunde vor der Veranstaltung seien Unterlagen zum Dialog bekannt gemacht worden, die den vorher ausgereichten widersprachen.

zu 7.1 Prozess Moderation

Zum Prozess der Moderation und dem im Vorfeld ausgeschreichten Schreiben der Ausschussvorsitzenden wird vorgeschlagen, die Diskussion am 15.03.2022 im nicht öffentlichen Teil einer regulären Ausschusssitzung in Präsenz zu führen, unter Beteiligung des beauftragten Konflikthauses.